Stadt Marienmünster

Der Bürgermeister

N i e d e r s c h r i f t

01/017/2018

über die Sitzung **des Rates**
am **Mittwoch,** dem **10.10.2018**, von **18:30 Uhr** bis **21:00 Uhr**
im **Sitzungssaal des Rathauses**

Anwesend:

Bürgermeister
Robert Klocke

CDU
Klaus Dieter Becker
Josef Büker
Klaus-Peter Gosse
Stefan Köhne
Hermann Müller
Bernadette Niemeier
Paul Postert
Mathias Schmidt

UWG
Josef Dreier
Josef Hoffmeister
Gerhard Meier
Josef Wolff

SPD
Helmut Lensdorf
Klaus Wittek

WGB
Hubert Bartram
Elmar Stricker

Protokollführer
Elmar Meyer

von der Behördenleitung
Josef Suermann

Abwesend:

CDU
Josef Kreimeyer
Frank Lüke
Kai Schöttler

UWG
Olaf Wittrock

SPD
Sybille Mocker-Schmidt
Friedrich Potthast

Presse:
Jörn George, Marienmünster-news
Dennis Pape, Westfalen-Blatt

Zuhörer: 10

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Bürgermeister Robert Klocke begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Widerspruch wird nicht erhoben.

Auf seinen Antrag hin wird die Tagesordnung einvernehmlich erweitert um den Tagesordnungspunkt 13 „Auftragsvergabe Betonsanierung Kläranlagen Bredenborn und Vörden“.

Die bisherigen Tagesordnungspunkte 13 und 14 rücken numerisch entsprechend hoch.

2. Beratung über einen Bürgerantrag zum Hochwasserschutz bei Starkregenereignissen in der Ortschaft Bredenborn
Vorlage: 073/2018

Bürgermeister Klocke weist einleitend darauf hin, dass sich der Ortsausschuss Bredenborn in seiner Sitzung am 25.09.2018 mit dem Antrag gem. § 24 GO zum Hochwasserschutz bei Starkregenereignissen in der Ortschaft Bredenborn befasst hat. Dort wurde einstimmig empfohlen, den Antrag zunächst an den Bauausschuss als Fachausschuss zur Vorberatung weiter zu leiten.

Angesichts der offensichtlichen Zunahme an Starkregenereignissen betont Elmar Stricker die Notwendigkeit, Maßnahmen zu ergreifen.

Auf die Frage von Josef Büker führt Bürgermeister Klocke aus, dass diese komplexe Thematik im Bauausschuss vorberaten werden sollte, wobei für die Erarbeitung konkreter Maßnahmen die Einbeziehung externer Sachverständiger notwendig sei.

Josef Büker und Josef Wolff stützen diese Einschätzung, betonen aber die Notwendigkeit, ein stadtweites Konzept, evtl. unter Einbeziehung der Hochschule Höxter, zu erarbeiten.

Josef Suermann gibt zu Bedenken, dass bei der Beauftragung externer Sachverständiger Mittel in den Haushalt 2019 einzustellen sind, um die Finanzierung der Konzepterarbeitung zu sichern, da eine solche Thematik nicht behördenintern erarbeitet werden kann.

Auch die landwirtschaftlichen Betriebe sind nach Einschätzung von Klaus Wittek mit einzubeziehen, da die gravierenden Folgen der letzten Starkregenereignisse in unmittelbarem Zusammenhang mit der angebauten Frucht in der Nähe der betroffenen Bereiche standen.

Josef Hoffmeister gibt zu Bedenken, dass nicht der Eindruck erweckt werden sollte, dass ein vollständiger Schutz bei solch massiven Starkregenereignissen geboten werden kann.

Auf die Anregung von Hermann Müller, dass bereits kleine Maßnahmen hilfreich seien, spricht sich Elmar Stricker dafür aus, die bereits vorgelegten Maßnahmeempfehlungen für den Bereich Südring vorab im Bauausschuss zu beraten und nach Möglichkeit kurzfristig umzusetzen.

Auch aus Kostengründen regt Klaus Wittek an, das bereits vor Jahren erarbeitete Hochwasserschutzkonzept mit in die neuen Planungen einzubeziehen.

Das von Bürgermeister Klocke nachfolgend zusammengefasste Ergebnis der Wortmeldungen wird einvernehmlich zur Kenntnis genommen:

Der Antrag wird zunächst an den Bauausschuss als Fachausschuss weiter geleitet, insbesondere um bereits konkrete Maßnahmen vorzuberaten.
Die Verwaltung wird beauftragt, Kontakt mit der Hochschule Höxter aufzunehmen, um abzuklären, inwieweit von dort ein stadtweites Hochwasserkonzept erarbeitet werden kann.

3. Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Marienmünster vom 13.12.2007
Vorlage: 160/2018

Beschlussvorschlag der Verwaltung:
Der Rat der Stadt Marienmünster beschließt die in der Anlage beigefügte I. Änderungsverordnung zur Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Marienmünster vom 13.12.2007.

einstimmig beschlossen

4. Umsetzung des Optimierungskonzeptes für das Freizeithallenbad Marienmünster
Vorlage: 162/2018

Nach Einleitung durch Bürgermeister Klocke führt Josef Suermann aus, dass das Optimierungskonzept der Unternehmensberatung Altenburg für das Hallenbad Marienmünster in der Hauptausschusssitzung am 04.07.2018 ausführlich vorgestellt wurde. Gleichzeitig wurden konkrete Änderungen zur Umsetzung des Optimierungskonzeptes vorgeschlagen.

Aufgrund nachträglich eingegangener Eingaben hat die bestehende Arbeitsgruppe die vorgetragenen Punkte nochmals erörtert.

Im Ergebnis ergeben sich danach folgende Änderungen zu den im Hauptausschuss beschlossenen Empfehlungen:

- Der Eintrittspreis für Personen mit Ermäßigung wird von 2,00 € auf 2,50 € (ursprünglich 3,00 €) angehoben

- Die endgültige Entscheidung, die Sauna nur in den Wintermonaten zu betreiben, wird verschoben auf Frühjahr 2019. In der Zwischenzeit soll den Nutzern der Sauna, die an den Vorgesprächen beteiligt waren, die Möglichkeit eingeräumt werden, ein Konzept zu erarbeiten, die einen wirtschaftlichen Betrieb der Sauna ermöglichen (z.B. Gründung eines Fördervereins, Betrieb nur eines Saunaofens).

- Die Öffnungszeit an Sonntagen wird auf 08.00 bis 14.00 Uhr festgelegt.

- Die neu vorgesehenen Ferienzeiten (10.30 bis 19.30 Uhr) sollen bereits für die kommenden Herbstferien gelten.

Josef Wolff bemängelt die unzureichenden Besucherzahlen der Sauna im Sommer. Aus betriebswirtschaftlicher sei dies kritisch zu sehen. Man sollte aber den Nutzern die Möglichkeit geben, selbst Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

In diesem Zusammenhang fordert Klaus Wittek eine umfängliche Betrachtung der Situation ein, um den wirtschaftlichen Betrieb des Hallenbades nicht zu gefährden.

Josef Hoffmeister mahnt an, dass die durch die vorgesehenen Maßnahmen angestrebte Flexibilität beim Personaleinsatz auch städteübergreifend gewährleistet sein muss.

Beschlussvorschläge:

- In den Ferien wird das Hallenbad um 10:30 geöffnet und um 20:30 Uhr geschlossen.
- Der Eintrittspreis für Personen mit Ermäßigung wird von 2,00 € auf 2,50 € angehoben.
- Der Tarif „Nur Sauna“ wird ersatzlos gestrichen.
- Die Tarife „Sauna und Schwimmbad“ werden um 1 € angehoben.
- Die Sauna schließt zeitgleich mit dem Bad.
- Die endgültige Entscheidung über den Betrieb der Sauna nur in den Wintermonaten wird auf Frühjahr 2019 verschoben.
- Der Samstagnachmittag wird in den Sommermonaten für die Öffentlichkeit gestrichen. Die Zeit kann von Schwimmvereinen zusätzlich genutzt werden.
- Die Öffnungszeit an Sonntagen wird auf 08.00 bis 14:00 Uhr festgelegt.
- Bei den Servicekräften erfolgt eine Aufstockung derart, dass zu jeder Zeit eine Servicekraft neben der Badeaufsicht zugegen ist.
- Wenn möglich sollen DLRG-Kräfte für die Badeaufsicht eingesetzt werden. Die bei den Fachangestellten für das Bäderwesen hierdurch eingesparten Stunden sollen es ermöglichen, ein Personalpool gemeinsam mit den Nachbarstädten zu betreiben.
- Die Änderungen bei den Öffnungszeiten treten zum 01.11.2018 in Kraft, die Änderungen bei den Tarifen zum 01.01.2019. Die geänderten Öffnungszeiten für die Ferien greifen bereits zu den kommenden Herbstferien 2018.

einstimmig beschlossen

5. 3. Änderung Bebauungsplan Nr. 5 Bredenborn - Satzungsbeschluss
Vorlage: 159/2018

Beschlussvorschlag der Verwaltung:
Die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 5 der Ortschaft Bredenborn, in der Fassung des Offenlegungsexemplares, einschließlich Begründung, wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

einstimmig beschlossen

6. Verhinderungsvertreter der Stadt Marienmünster in der Gesellschafterversammlung der Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG
Vorlage: 167/2018

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Gregor Meier und Josef Suermann werden als Verhinderungsvertreter von Bürgermeister Robert Klocke in der Gesellschafterversammlung der Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG, anstelle von Elmar Meyer und Stefan Niemann, in der genannten Reihenfolge gewählt.

einstimmig beschlossen

7. Neuwahl eines stv. beratenden Mitgliedes im Ortsausschuss Vörden
Vorlage: 155/2018

Elmar Stricker schlägt für die WGB-Fraktion Michael Nitsche als Nachfolger des verstorbenen Hermann Homann vor.

Beschlussvorschlag:
Als Nachfolger für Hermann Homann wird Michael Nitsche zum stv. beratenden Mitglied im Ortsausschuss Vörden gewählt.

einstimmig beschlossen

8. Neuwahl eines(r) sachkundigen Bürgers/Bürgerin für den Ortsausschuss Bredenborn
Vorlage: 158/2018

Josef Wolff dankt dem anwesenden Dirk Zymner für seine Mitarbeit im Ortsausschuss Bredenborn und schlägt als Nachfolgerin Renate Zawadzki vor.

Beschlussvorschlag der Verwaltung:
Als Nachfolgerin für Dirk Zymner wird Renate Zawadzki zur sachkundigen Bürgerin im Ortsausschuss Bredenborn gewählt.

einstimmig beschlossen

9. Mitteilungen und Anfragen

9.1. Nachfolge Christoph Gemmeke

Bürgermeister Klocke gibt bekannt, dass Ratsherr Christoph Gemmeke sein Ratsmandat zum 01.10.2018 niedergelegt hat. Nach der Reserveliste der CDU gilt Josef Kreimeyer, wohnhaft in Altenbergen, Am Anger 1, zum 04.10.2018 als in den Rat der Stadt Marienmünster gewählt.

Die Nachbesetzung in den Ausschüssen wird zu einem späteren Zeitpunkt im Rat geregelt. Die Bekanntmachung über die Ersatzbestimmung folgt.

9.2. Besetzung einer Arbeitsgruppe für die Errichtung eines Feuerwehrgerätehauses in Bremerberg

Über die Errichtung eines Feuerwehrgerätehauses in Bremerberg soll nach Mitteilung von Bürgermeister Klocke in der Ratssitzung am 14.11.2018 abschließend entschieden werden.

Im Vorfeld dieser Ratssitzung soll sich am 06.11.2018, 17.00 Uhr, eine Arbeitsgruppe mit diesem Thema auseinander setzen.

Zur Besetzung dieser Arbeitsgruppe werden von den Fraktionen folgende Personen vorgeschlagen:

CDU: Josef Büker, Kai Schöttler, Stefan Köhne
UWG: Josef Wolff, Josef Dreier
SPD: Klaus Wittek
WGB: Elmar Stricker

9.3. Vertrag mit der Tierpension Apollo

Die Stadt Marienmünster hat nach Information von Bürgermeister Klocke für drei weitere Jahre einen Vertrag mit der Tierpension „Apollo“ in Liebenau zur Fundtieraufnahme geschlossen.

Bei einem gemeinsamen Gespräch mit den Ordnungsämtern haben sich 8 Kommunen zur Fortführung der erfolgreichen Zusammenarbeit entschieden.

Nach Ablauf der dreijährigen Vertragsdauer ist eine jährliche Kündigung möglich, um ggfls. flexibel auf die weiteren Entwicklungen zur Errichtung eines Tierheimes in Bad Driburg reagieren zu können.

9.4. Zuweisung von Flüchtlingen

Nach einer Mitteilung der Bezirksregierung Arnsberg liegt die Erfüllungsquote der Stadt Marienmünster bei der Aufnahme von Flüchtlingen mit Wohnsitzauflage aktuell bei geringen 17,57 %. Dies entspricht nach Mitteilung von Bürgermeister Klocke einer Aufnahmeverpflichtung von 108 Personen.

In den kommenden 6 Wochen erfolgt zunächst eine Zuweisung von 5 Personen/Woche.

Die Folgenutzung von Flüchtlingsunterkünften ist dadurch aktuell kein Thema.

9.5. Landesförderprogramm "Heimat.Zukunft. Nordrhein-Westfalen"

Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung NRW hat nach Mitteilung von Josef Suermann ein neues Landesförderprogramm zur Förderung und Stärkung unserer Heimat aufgelegt.

Die Bekanntmachung des Programms erfolgt unter folgendem Link: https://www.mhkbg.nrw/heimat/Heimatfoerderprogramm/index.php

Bürgermeister Klocke und Josef Suermann rufen dazu auf, Überlegungen anzustellen, ob es sinnvolle Projekte in den Ortschaften gibt, die für eine Förderung in Frage kommen.

9.6. Bereisung der Dorfgemeinschaftshäuser

Josef Suermann weist darauf hin, dass am Mittwoch, den 31.10.2018, ab 14.00 Uhr, gemeinsam mit Vertretern der Bezirksregierung Detmold eine Bereisung der Dorfgemeinschaftshäuser erfolgen soll, um Fördermöglichkeiten zu erörtern.

9.7. Sturmschäden

Josef Hoffmeister kritisiert, dass die Sturmschäden durch „Friederike“ noch nicht vollständig beseitigt worden sind. Dadurch werde auch die Ausbreitung des Borkenkäfers begünstigt.

Der Forstwirtschaftsplan soll lt. Bürgermeister Klocke in der Ratssitzung am 14.11.2018 mit Vertretern des Regionalforstamtes Hochstift erörtert werden. In diesem Zusammenhang könne auch dieses Thema mit besprochen werden.

9.8. Antrag gem. § 24 GO "Erhalt von 5 Bushaltestellen in Bredenborn"

Bürgermeister Klocke weist darauf hin, dass ein Antrag gem. § 24 GO auf den Erhalt von 5 Bushaltestellen in Bredenborn eingegangen sei. Da dieser Antrag nicht innerhalb der Ladungsfrist für diese Sitzung eingereicht wurde, erfolgt eine Behandlung dieses Antrages in der Ratssitzung am 14.11.2018.

9.9. Allee Hohehaus

Auf die Frage von Josef Büker nach dem Stand der Situation der Allee in Hohehaus führt Josef Suermann aus, dass die Naturschutzbehörde des Kreises Höxter zwischenzeitlich eine Verfügung erlassen habe, wonach die vollständige Beseitigung der Allee keine Zustimmung findet. Von der Klagemöglichkeit wurde kein Gebrauch gemacht.

Nach Gesprächen mit dem Kreis Höxter kann dieses Verfahren nur dann wieder aufgerollt werden, wenn neue Anhaltspunkte vorgetragen werden, die für die vollständige Beseitigung der Allee sprechen würden.

Klaus Wittek regt an, die betroffenen Anwohner aus Hohehaus einzubeziehen, ob diese die Entscheidung des Kreises Höxter mit tragen.

Die Anregung von Josef Suermann, dieses umfangreiche Thema als eigenständigen Tagesordnungspunkt unter Beteiligung der Öffentlichkeit zu behandeln, findet Zustimmung. Zu diesem Tagesordnungspunkt soll auch ein Vertreter des Kreises Höxter geladen werden.

9.10. Fortschreibung des nph-Nahverkehrsplanes

Auf Frage von Stefan Köhne bittet Josef Suermann, die zur Verfügung gestellten Unterlagen zur Fortschreibung des nph-Nahverkehrsplanes zu sichten und Änderungswünsche bzw. Auffälligkeiten an die Verwaltung zu übermitteln, damit diese weitergeleitet werden können.

Klaus Wittek gibt zu Bedenken, dass die vollständige Linienführung im Plan nicht dargestellt ist.

10. Fragen von Einwohnern

10.1. Antrag gem. § 24 GO "Erhalt von 5 Bushaltestellen in Bredenborn"

Der Vertreter der Initiative „Erhalt von 5 Bushaltestellen in Bredenborn“, Stefan Göke, bittet darum, die für die aktuelle Sitzung vorgesehene Auftragsvergabe für die Bushaltestelle „Klenke“ zurück zu stellen und den eingereichten Antrag gem. § 24 GO vorab zu beraten. Er lädt die Ratsmitglieder zu einem Treffen in Bredenborn ein, um das Thema zu erörtern.

Bürgermeister Klocke teilt mit, dass über die Auftragsvergabe im nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung entschieden wird und die Beratung über den Antrag gem. § 24 GO in der nächsten Ratssitzung am 14.11.2018 erfolgt.

gez. Robert Klocke
Vorsitzende/r

gez. Elmar Meyer
Protokollführer/in